

Für regionale Vernunft – Gegen unbegrenzte Expansion!

Wir leben, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, unter dem ständigen Einfluss einer globalen Expansionsherrschaft. Mit den großen Infrastrukturprojekten “Verwaltungsgebäude und Kulturzentrum“ in St.Vith, so wie ebenfalls Verwaltungsgebäude und Kulturzentrum in Eupen, wäre auch die Deutschsprachige Gemeinschaft mit der riesigen Summe von 26 Millionen € an dieser “exponentiellen“ Wachstumspolitik beteiligt.

Die lokal betroffenen Politiker machen geltend, dass die Realisierung dieser großen Projekte vielen Betrieben, also vielen Menschen in der DG, während der Bauphase, ein Einkommen garantieren würde.

Das stimmt natürlich. Allerdings wäre es auch nur dann richtig, wenn die Projektaufträge an Betriebe in der DG, und nicht etwa an Firmen in Flandern, in der Wallonie oder im benachbarten Ausland, erfolgen würden.

Zurzeit streben die Wirtschaft und die internationalen Finanzinstitute eine grenzenlose Expansion, mit exponentiellem Wachstum, an. Diese Zielrichtung wird sehr wahrscheinlich nicht mehr verändert, obschon sie zwangsläufig zu einem allmählich auftretenden Zusammenbruch führen wird: Zu sehr haben die Akteure, die das Ruder in der Hand halten, Egoismus und Habgier gefördert.

Umso wichtiger ist es, dass kleine Gemeinschaften vor Ort die Zeichen der Zeit früh erkennen und rechtzeitig gegensteuern.

Einerseits besteht die Sorge, dass die Öffentliche Hand in der DG schon sehr bald nicht mehr in der Lage wäre, sogar die Unterhaltskosten dieser Großprojekte zu tragen: Die Nutznießer würden ja nicht die breite Masse der Bevölkerung, sondern eine limitierte Interessengruppe sein.

Andererseits steht zwingend die unausweichliche Notwendigkeit Energie sparender Maßnahmen, durch jedes Mitglied der ostbelgischen Bevölkerung, im Raum: Die Heizölkosten werden in naher Zukunft, bei zunehmender Verknappung der Mineralölreserven, dramatisch ansteigen.

Es gehört zu den Vorsorgepflichten der politischen Entscheidungsträger, zuerst den Menschen mit den kleineren finanziellen Möglichkeiten zu diesem Zweck unter die Arme zu greifen.

Das kann z.B. mit zinslosen Krediten erfolgen. Die Öffentliche Hand, sprich die Kommunen und die DG, muss für die Gebäude in ihrer Verantwortung sogar das Vorbild geben.

Selbstverständlich wäre die Zahl der lokal und regional gewonnenen und erhaltenen Arbeitsplätze, mit einer Investitionspolitik in Energie sparende und Klima erhaltende Maßnahmen, um ein Vielfaches höher als mit dem Bau der geplanten Großprojekte.

In ganz Belgien und auch in der DG steigt die Zahl der Haushalte die finanzielle Schwierigkeiten haben, weil das Einkommen einfach zu gering ist. Vor diesem Hintergrund wäre es nach Meinung von VIVANT- Deutschsprachige Gemeinschaft ganz einfach ein Skandal, weiter eine verschwenderische Infrastrukturpolitik zu betreiben. Vor Allem auch, wenn mit dieser Infrastrukturpolitik keine nachhaltige Stärkung der Kaufkraft und sogar eine weitere Schwächung gerade der Haushalte mit niedrigen Einkommen bewirkt wird!

Als Motto muss gelten: Zuerst das Existenzielle absichern, dann erst darf erneut in “Unterhaltungs- Spekulation“ und “Angenehm Nützlich aber nicht unbedingt Notwendiges“ investiert werden!

Joseph Meyer, St.Vith, Ernst Meyer, Nidrum, Hannelore Nießen-Piper, Eupen, Eliane Nix, Eupen - VIVANT- Deutschsprachige Gemeinschaft